



Antrag

der Abgeordneten **Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian von Brunn, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Herbert Woerlein, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD**

Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa VI: EUSALP-Projekte für nachhaltige Alpenraumentwicklung nutzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung setzt sich dafür ein, dass die von Bayern ausgehenden Projekte im Rahmen der makro-regionalen EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) vorrangig und schwerpunktmäßig folgenden Zielen dienen:

- Förderung eines umweltverträglichen sanften Tourismus;
- Förderung des Öffentlichen Personenverkehrs;
- Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene;
- Schutz der einzigartigen Natur des Alpenraums;
- Förderung der regionalen Landwirtschaft, besonders des Biolandbaus, und der regionalen Vermarktung, gerade auch in Verbindung mit Tourismus;
- Förderung erneuerbarer Energien unter Beachtung von Schutzgebieten und wichtiger europäischer Naturschutzziele wie dem guten ökologischen Zustand von Gewässern (Wasserrahmenrichtlinie);
- Förderung einer nachhaltigen, den oben angeführten Zielen angepasste Wirtschaftsentwicklung.

Um den bayerischen Einsatz für eine nachhaltige Entwicklung des Alpenraums innerhalb der EU-Strategie für die Alpenraum (EUSALP) glaubwürdig vertreten zu können, richtet die Staatsregierung auch ihre eigene bereits angekündigte „Zukunftsstrategie für die Alpen“ an den aufgeführten Hauptzielen aus.

Begründung:

Der Alpenraum muss als einer der wertvollsten Naturräume und als ein einzigartiger Hotspot der Artenvielfalt in Europa bewahrt und geschützt werden, aber gleichzeitig den dort lebenden Menschen eine dauerhafte Lebens- und Zukunftsperspektive bieten. Nur mit einem Paradigmenwechsel hin zu einer wirklich nachhaltigen – auf Qualität statt Quantität setzenden – Regional- und Wirtschaftspolitik können beide Ziele gleichzeitig verwirklicht werden. Eine rein auf quantitatives Wachstum zielende, immer weiter gehende Erschließung der bayerischen Alpen, etwa durch den forcierten Ausbau von Straßen und wenig zukunfts-trächtiger touristischer Infrastruktur wie Skigebieten anstelle einer qualitativen Verbesserung bestehender Infrastruktureinrichtungen, würde die alpine Landschaft und Natur als unverzichtbare Grundlage für den Tourismus erheblich beeinträchtigen oder gar zerstören. Außerdem wäre eine solche Politik weder mit den Anforderungen des Klimaschutzes noch mit denen einer europäischen Natur- und Artenschutzpolitik in Einklang zu bringen.

Die Erhaltung der Heimat und der Schutz der Natur lassen sich mit wirtschaftlicher Innovation und Wohlstand vereinbaren. Zahlreiche gute Beispiele, die vielfach aufgrund oder im Umfeld der Alpenkonvention entstanden sind, zeigen, dass es einen anderen und besseren Weg gibt als eine veraltete Wachstumspolitik, die Landschaft und Natur verbraucht anstatt sie für die Zukunft zu bewahren. Dazu gehört die Förderung einer umweltverträglichen und landschaftspflegenden Berglandwirtschaft genauso wie die Unterstützung und Wiederbelebung handwerklicher Traditionen und die Förderung moderner umweltverträglicher Dienstleistungen.